

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/57

Bonn, den 22. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>"Perspektiven und Geschichte"</u>	95

Europäische Politik - von Warschau aus gesehen

Von Günter Markscheffel

3	<u>Im Einklang mit deutschen Gesetzen</u>	44
---	---	----

UN-Menschenrechtskommission verurteilt Nazi-Ideologien

Von Pierre Simonitsch Genf

4	<u>Porträt eines Verlegers</u>	49
---	--------------------------------	----

Gustav Schmidt-Küster zum 65. Geburtstag

Von Dr. E. G. Klein

5 - 6	<u>Griechenland nach dem ASPIDA-Urteil</u>	83
-------	--	----

Hoffnung auf eine ruhigere Entwicklung

Von Dr. Basil Katsipoulos

"Perspektiven und Geschichte"

Europäische Politik - von Warschau aus gesehen

Von Günter Markscheffel

Als Walter Ulbricht und Willi Stoph in der vergangenen Woche in Warschau waren, begleitete die polnische Presse diesen Besuch mit Artikeln und Kommentaren, in denen man sehr häufig die Worte "Geschichte und Perspektiven" lesen konnte. Das hatte seinen guten Grund. Gomulka erklärte nämlich in seiner Ansprache aus Anlaß der Erneuerung des Freundschaftsvertrages wörtlich:

- * "Soll man angesichts dessen (des Vertrages) die perspektivische
- * Möglichkeit einer Vereinigung Deutschlands überhaupt ausschließen?
- * Nein! Dieses Problem wird die Geschichte lösen. Für die Vereinigung
- * der beiden deutschen Staaten entstehen erst dann Bedingungen, wenn
- * in Europa dauerhafter Friede garantiert ist. Daher fördert alles,
- * was dem dienlich ist, auch die Freilegung des historischen Weges
- * zur Vereinigung Deutschlands. Gleichzeitig zieht alles, was den In-
- * teressen des Friedens schadet, eine Vertiefung der Spaltung Deutsch-
- * lands nach sich."

Aufmerksamen Beobachtern der politischen Bühne in Warschau entging es nicht, daß dieser Satz in Gomulkas Rede den Gästen aus Ostberlin keineswegs Freude bereitete. - Man mag dieser kleinen Begebenheit am Rande der Ereignisse in Warschau wenig Bedeutung beimessen. Tatsache ist jedoch, daß man in Polen durchaus Verständnis dafür hat, wenn die Politik der Bundesrepublik von der Voraussetzung ausgeht, daß eine gesamteuropäische Politik schließlich nur mit einem wiedervereinigten Deutschland möglich sein wird.

Dieser Betrachtungsweise, die Gomulka ganz deutlich auch in Gegenwart seiner Gäste aus Ostberlin angesprochen hat, stehen im polnischen Volk aber noch eine Fülle von Vorbehalten entgegen, die ausgeräumt werden müssen, wenn Polen eines Tages nicht nur zu einem Teile Deutschlands zweckbestimmte politische Beziehungen, sondern zum g a n z e n Deutschland n o r m a l e Beziehungen haben kann.

* * *

Die Gäste aus Ostberlin haben in ihren Ansprachen während des Aufenthaltes in Warschau natürlich auch wieder versucht, das Gespenst einer "revancheketernen, militaristischen und revisionistischen Bundesrepublik" an die Wand zu malen. Die Wirkung mag unterschiedlich beurteilt werden; jedenfalls sind die Gastgeber kaum auf dieses Thema eingegangen.

In Polen hat man begriffen, daß die Behauptung Ostberlins, die Bundesrepublik wolle Atomwaffen haben, in dem Augenblick unglaubwürdig wird, in welchem Bonn einen zur Zeit in Genf zur Verhandlung stehenden Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterschreiben kann. In diesem Falle würde die Bundesrepublik den gleichen internationalen Kontrollen unterworfen werden, wie jeder andere Staat und jedes Gebiet, die den Vertrag unterzeichnen.

Es ist also damit zu rechnen, daß d i e s e s Argument Ostberlins gegen die Politik der Bundesrepublik an jenem Tage entfallen wird, an dem ein brauchbarer Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen in Genf unter Mitwirkung der Bundesrepublik zustandekommt.

Ungeachtet der Erneuerung des Freundschaftspaktes zwischen Polen und Ostberlin wird in Warschau neuerdings aber auch viel intensiver die Thematik und die Möglichkeiten einer gesamteuropäischen Politik auf der Grundlage der Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas diskutiert. Das hat gewichtige Gründe. Die polnische Regierung und mit ihr die Führung der Kommunistischen Partei Polens gehen hierbei von der Voraussetzung aus, daß die französische Regierung in absehbarer Zeit noch stärker als bisher einen Kurs steuern wird, der auf die Bildung einer gesamteuropäischen ökonomischen und politischen Konzeption abzielt. Da man annimmt, daß die neue Bundesregierung bei Einhaltung ihrer allgemeinen Bündnisverpflichtungen auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich Wert legt, hofft man, daß dieses Ziel der französischen Politik auch in Bonn unterstützt wird.

De Gaulle hat der polnischen Regierung gegenüber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht vorstellen könne, wie Europa eines Tages mit e i n e r Stimme sprechen werde, wenn nicht gleichzeitig oder sogar vorher ein vereinigtes Deutschland hierbei mitwirke. Die Polen haben diese These akzeptiert. Wie sehr dabei eine Rolle gespielt haben mag, daß de Gaulle die Auffassung geäußert hat, an der jetzigen Oder-Neiße-Grenze solle nicht gerüttelt werden, bleibe dahingestellt. Aber wenn man unter diesem Vorzeichen den hier zitierten Teil aus Gorbunovs Rede sieht, wird verständlich, daß Warschau trotz der Erneuerung des Freundschaftsvertrages mit Ostberlin den Faden zu Bonn nicht abreißen lassen will.

Natürlich würde man in Warschau gern sehen, wenn auch Bonn zur Oder-Neiße-Grenze die gleiche Haltung einnehmen könnte wie Paris. Da man jedoch weiß, daß Bonn die Grenzregelung dem Friedensvertrag vorbehalten wissen will und eine Regelung anstrebt, von der die Bundesregierung erklärt, sie solle die Voraussetzung für ein von b e i d e n Völkern gebilligtes dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen, betrachtet man mit um so größerem Interesse jene Erklärungen der Bundesregierung, in denen auch bilateral (also zwischen Bonn und Warschau) der Verzicht auf Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele angekündigt wird, ein Gewaltverzicht, der auch den anderen Teil Deutschlands einschließen würde.

* * *

Es ist nicht sicher, ob Warschau und Ostberlin die gleiche Vorstellung davon haben, was man praktisch mit der Erneuerung des Freundschaftsvertrages zu erreichen gedenkt. Offiziell heißt es, man wolle das "sozialistische Lager festigen". Inoffiziell wird gelegentlich darauf hingewiesen, daß eine gute Zusammenarbeit der stärksten Industriestaaten innerhalb von COMECON eine bessere Ausgangsposition für eine spätere Zusammenarbeit zwischen COMECON, EWG und EFTA schaffen würde. Hierbei wird auch angedeutet, daß die schnelle Beseitigung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen West- und Osteuropa die beste Voraussetzung für eine europäische Politik der friedlichen Koexistenz sein könnte, wobei man für Osteuropa die Sowjetunion und für Westeuropa die USA als Garantemächte zur Herbeiführung eines europäischen Sicherheitssystems in Rechnung stellt.

Unter diesen Voraussetzungen wäre es nicht verwunderlich, wenn Polen demnächst - mit Unterstützung Frankreichs - zum Schrittmacher des Versuchs der Entwicklung einer gesamteuropäischen Konzeption werden würde.

Im Einklang mit deutschen Gesetzen

UN-Menschenrechtskommission verurteilt Nazi-Ideologien

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die UN-Menschenrechtskommission, der 32 Nationen angehören, hat einstimmig einen Resolutionsentwurf gebilligt, in welchem "jede Ideologie, einschließlich des Nazismus, die sich auf rassistische Intoleranz und Terror stützt" verurteilt wird. Die EntschlieÙung geht nun über den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen an die Generalversammlung weiter.

Der ursprüngliche Resolutionsentwurf war von der polnischen Delegation eingebracht worden. Danach hätte - wir zitieren wörtlich - die UN-Generalversammlung ihre tiefe Besorgnis über die Wiedergeburt der Nazikräfte, welche die demokratischen Freiheiten und den Frieden in der Welt bedrohen, zum Ausdruck bringen müssen. Darüberhinaus sollte die UN-Generalversammlung die dringende Notwendigkeit anerkennen, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um den Tätigkeiten der neonazistischen Organisationen Einhalt zu gebieten und den Nazismus zu beenden. Eine UN-Resolution müÙte inständig das Verbot solcher Tätigkeiten sowie die Bestrafung der teilnehmenden Personen verlangen. Alle Staaten müÙten sofortige und wirksame Maßnahmen in diesem Sinne treffen, und der UN-Generalsekretär würde gebeten, einen Rapport über die Anwendung der Resolution zu machen.

Man konnte sich fragen, ob sich der vorgeschlagene Text nicht eher gegen die Bundesregierung als gegen die Nazis richtete. Auf Antrag Frankreichs, Großbritanniens und der USA wurde der Resolutionsentwurf entschärft und seiner "operationellen" Artikel beraubt. Im letztlich angenommenen Wortlaut wird die Befürchtung notiert, daß das Wiederaufleben gewisser Gruppen und Organisationen von autoritärem oder nazistischem Charakter die Beziehungen zwischen Völkern und Gruppen verbittern könnte. Die EntschlieÙung bestätigt, daß der Nazismus mit den Zielen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist und verurteilt entschlossen jede Ideologie, die sich auf rassistische Intoleranz und Terror stützt. Alle Staaten werden aufgefordert, sofortige und wirksame Maßnahmen gegen jedwede nazistischen oder rassistischen Umtriebe zu unternehmen.

Die Bundesrepublik kann diese Resolution, die zweifellos von der nächsten UN-Generalversammlung gebilligt wird, nur begrüÙen. Sie steht im Einklang mit den deutschen Gesetzen und sollte die deutschen Richter ermuntern, diese Gesetze strikt anzuwenden. Leider ist es auch dem internationalen Gremium nicht gelungen, zu definieren, wo die Grenze zwischen einem bornierten Kleinbürger und einem gefährlichen Nazi liegt, wo man noch überzeugen kann und wo man strafen muß. Gerade die NPD-Führer - um die es schließlich geht - sind ja bestrebt, weder nazistisch noch antisemitisch aufzutreten. Die einstimmige EntschlieÙung der UN-Menschenrechtskommission ist aber ein weiterer Beweis, wie genau die Weltöffentlichkeit die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik unter die Lupe nimmt.

Porträt eines Verlegers

Gustav Schmidt-Küster zum 65. Geburtstag

Von Dr. E. G. Klein

Wie dringend notwendig es ist, überlieferte Begriffsformulierungen zu revidieren, dafür gibt es in unseren Tagen ein gutes Beispiel. Der Verleger Gustav Schmidt-Küster wird am 25. März 1967 65 Jahre.

Wo immer in der Bundesrepublik und darüber hinaus in der Gruppe europäischer-sozialistischer Verleger vom Verlags- und Zeitungswesen die Rede ist, begegnet man auch dem Doppelnamen Schmidt-Küster.

Die frühe Liebe zum Buch ist eines der kraftpendenden Elemente seines Lebens, das in Hohenwarleben bei Magdeburg begann. Fast will es daher selbstverständlich erscheinen, daß sich der junge Mann entschloß, Buchhändler zu werden. Bereits mit 26 Jahren wurde ihm die Leitung einer großen Magdeburger Buchhandlung übertragen. Im Jahre 1933 machte er sich mit der Mittelelbe-Buchhandlung selbständig. Daß die Nationalsozialisten Männer wie Gustav Schmidt-Küster, der von Jugend auf der sozialistischen Bewegung verbunden war, nicht dulden konnten, bekam er mehr als einmal zu spüren. Aber der charakterfeste Sozialist blieb standhaft, auch dann, als die neuen Machthaber (Besatzungsmacht und SED) ihn seiner politischen Überzeugung wegen inhaftierten. 1947 blieb nur noch die Flucht in den Westen. Bei Gesinnungsfreunden in Hannover fand er Asyl und eine neue Heimat. Schon bald betraute man ihn mit Aufgaben, die er mit der ganzen Kraft und Dynamik seiner Persönlichkeit begeistert, gewissenhaft und mit vorbildlicher Hingabe erfüllte. Der Jubilar ist seit 1947 Verlagsdirektor und Geschäftsführer der Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, der Herausgeberin der HANNOVERSCHEN PRESSE, des J.H.W. Dietz-Verlages und des Verlages für Literatur und Zeitgeschehen und des Fackelträger-Verlages.

In diesen zwei Jahrzehnten baute Gustav Schmidt-Küster ein Unternehmen auf, das heute einen Gesamtumsatz von rund 80 Millionen DM hat. Unter seiner sicheren, umsichtigen Leitung stehen zugleich mehrere Druckereien und verwandte Betriebe, ferner eine Buchvertriebsfirma und 34 Buchhandlungen. Das Pressehaus in Hannover ist sein Werk. Neben vielen Ehrenämtern und leitenden Positionen - wie der Vorsitz der Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler - aber wußte sich der Vielbeschäftigte doch die Zeit abzugewinnen, als Autor zu erscheinen und sich obendrein mit dem Werk Heinrich Zilles zu beschäftigen. Erst in diesen Tagen gründete er die "Heinrich-Zille-Stiftung", die eine umfangreiche Sammlung von Zeichnungen, Briefen, Graphiken Zilles betreut und zugleich die gemeinnützige Förderung der kritischer Graphik zum Ziel hat.

Mehr aber noch als diese rein biographische Darstellung vermag die persönliche Begegnung mit dem vielseitigen Mann - seine kluge und von allen, die den Vorzug hatten, ihr zu begegnen, verehrte Frau Grete ist ihm zu aller Zeit unsorgende Gattin und treuester Kamerad - darüber Auskunft zu geben, wie wenig es angebracht ist, heutzutage von "Erreichung der Altersgrenze" zu sprechen. - Gustav Schmidt-Küster ist der augenscheinliche Beweis dafür, daß es verfehlt ist, davon zu sprechen, ein Mann sei "alt", wenn er das 65. Lebensjahr erreicht hat. Dieser vielseitige Verleger jedenfalls steht noch mitten in seiner Zeit als eine Persönlichkeit, berufen, zu wirken und zu formen, um die Zukunft zu sichern im demokratischen Geist. + + +

Griechenland nach dem ASPIDA-Urteil

Hoffnung auf eine ruhigere Entwicklung

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Das Urteil des Athener Militärgerichts in der ASPIDA-Affäre wurde in Athen und auch im Ausland unterschiedlich aufgenommen. 15 der insgesamt 28 angeklagten Offiziere wurden zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren Gefängnis und 18 Jahren Zuchthaus verurteilt, 13 wurden freigesprochen; der Kronanwalt hatte für 21 Offiziere Strafantrag gestellt. Damit fand eine Angelegenheit, die das Land fast zwei Jahre lang erschütterte, ihr gerichtliches Ende. Die politischen Auswirkungen werden das Land jedoch noch lange beeinflussen. Die ASPIDA-Affäre war einer der wichtigsten Anlässe der griechischen Krise im Sommer 1965 gewesen, die in dem Sturz der damaligen Regierung Papandreou gipfelte. Die Öffentlichkeit wurde damals mit Pressemeldungen überrascht, wonach eine Verschwörung in der Armee, in die Politiker der Zentrumsunion und Minister der späteren Regierung Stefanopoulos verwickelt gewesen sein sollen, aufgedeckt worden sei. Das Ziel dieser Verschwörung war angeblich die gewaltsame Änderung der Verfassung des Landes und der Versuch, in Griechenland ein System nach Nasser'schem Vorbild zu konstituieren.

Die Untersuchungen erstreckten sich über 15 Monate; für die Behauptung, es handle sich um Hochverrat, konnte jedoch, wie die Presse des In- und Auslandes feststellte, nicht genug eindeutiges Beweismaterial erbracht werden. Der Führer der Zentrumsunion, Georg Papandreou, erschien nicht im Zeugenstand; stattdessen schrieb er dem Vorsitzenden einen Brief, in dem er erklärte, die Art und Weise, in der der Prozeß geführt werde - er fand fast einen Monat unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt - ihn nicht veranlasse, dem Prozeß durch sein Erscheinen den Anschein der Legalität zu verleihen. Nach der Urteilsverkündung bezeichnete Papandreou die verurteilten Offiziere als unschuldige tapfere Männer und die ASPIDA-Affäre als eines der düstersten Kapitel der neueren griechischen Geschichte; seine Partei nannte die Affäre ein Komplott gegen das demokratische Lager Griechenlands. Auch die Zeugenaussage des Führers der konservativen ERE-Partei, Kanellopoulos, war äußerst gemäßigt und das Wort Hochverrat kam nicht einmal darin vor.

Die griechische Öffentlichkeit hat durch die Behauptung, Verschwörungen werden vorbereitet, stark gelitten; der Inspekteur der griechischen Armee, General Tsolakas, der ranghöchste aktive Offizier Griechenlands, erklärte in seiner Aussage, Ansehen und Ehre der griechischen Armee seien im Ausland durch

den Prozeß geschadet worden. Er bezeichnet die ASPIDA-Affäre als ein Komplott. Diese einmalige Erklärung war Gegenstand einer Interpellation einer Gruppe von Abgeordneten im Parlament, da sie hinter verschlossenen Türen abgegeben, später aber nie dementiert wurde.

Außer der Verurteilung der angeklagten Offiziere forderte der Staatsanwalt bekanntlich, die parlamentarische Immunität der Abgeordneten Andreas Papandreu und Paul Vardinoyiannis aufzuheben. Der Justizausschuß des Parlaments wandte sich aber bei beiden Abgeordneten dagegen und das Parlament scheint sich dieser Auffassung anzuschließen, da außer der Partei der Zentrumsunion auch die 46 Abgeordneten, die sich von Papandreu getrennt hatten, um die Regierung Stefanopoulos zu unterstützen, nicht zu der Aufhebung der Immunität neigen.

Das Problem bleibt jedoch weiterhin die Frage, ob sich das Land in der Beurteilung der Angelegenheit, die Anlaß der Krise war, spalten wird. Die Ursachen sind viel tieferer Natur und spiegeln den Willen der nichtparlamentarischen Rechtskräfte wider, ein normales politisches Leben in Griechenland nicht zu dulden. Sie versuchen mit dem "Gespenst der Verschwörung" die Wahlen zu hintertreiben, um eine leicht entflammbare Atmosphäre zu schaffen. Hinzu kommt noch das vergiftete politische Klima nach den mysteriösen Bombenexplosionen im Zentrum Athens und in Korinth, von denen man immer noch nicht weiß, wer sie durchgeführt hat. Dennoch werden die Kreise, die die politische Normalität anstreben, immer stärker; die Liberalen von Stefanopoulos haben offiziell eine Amnestie in der ASPIDA-Affäre verlangt und erklärt, im Schatten dieser Angelegenheit könnten keine normalen Wahlen stattfinden. Die Presse wendet sich energisch gegen eine in der Auslandspresse in der letzten Zeit oft erwähnte Möglichkeit einer Diktatur in Griechenland und unterstreicht, daß eine solche Entwicklung die Vernichtung des Landes mit allen seinen Institutionen mit sich bringen würde.

Aber trotz aller Gerüchte wird das Land seinen normalen politischen Weg gehen, wie es dem Wunsch der Überwiegenden Mehrheit des griechischen Volkes entspricht, das diesem Wunsch auch bei freien demokratischen Wahlen Ende Mai Ausdruck geben wird. Die dann für eine Legislaturperiode gewählte Regierung wird Gelegenheit haben, in Griechenland unbeheilt von Unsicherheit und Gefahren einer Spaltung der Nation eine zeitgemäße Entwicklung der Wirtschaft zu gewährleisten und die Aufrechterhaltung von rechtsstaatlicher Ordnung und Stabilität garantieren können.

+ + +